

Berichte aus der Volkswirtschaft

Stefan Straub

**Staatliche Eingriffe bei Strukturkrisen -
eine allokatonspolitische Systematisierung
am Beispiel der Schwerindustrie in den
Transformationsländern in Mittelosteuroopa**

Shaker Verlag
Aachen 2001

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Straub, Stefan:

Staatliche Eingriffe bei Strukturkrisen - eine allokatiospolitische
Systematisierung am Beispiel der Schwerindustrie in
den Transformationsländern in Mitteleuropa/

Stefan Straub. Aachen: Shaker, 2001

(Berichte aus der Volkswirtschaft)

Zugl.: München, Techn. Univ., Diss., 2001

ISBN 3-8265-8959-9

Copyright Shaker Verlag 2001

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen
oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungs-
anlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 3-8265-8959-9

ISSN 0945-1048

Shaker Verlag GmbH • Postfach 1290 • 52013 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • eMail: info@shaker.de

Zusammenfassung

In dieser Arbeit ist die Frage untersucht worden, welche strukturpolitischen Eingriffe des Staates aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sinnvoll sind, um in den Transformationsstaaten Mittelosteuropas den Beschäftigungsrückgang in den Staatsunternehmen der Schwerindustrie (Eisen- und Stahlindustrie, Grundchemie, Groß-Werften, Rüstungsindustrie und Bergbau) optimal über die Zeit zu verteilen. Die Frage ist in diesen Ländern von besonderer Bedeutung, weil die genannten Branchen über Überkapazitäten und große Personalreserven verfügen und regional oder auch national für die Beschäftigung sehr bedeutend sind. Außerdem gelten in den Transformationsstaaten weitere Besonderheiten, die eine schnelle und reibungslose Anpassung dieser Verlierer des Strukturwandels behindern. Die Verschiebung einer schmerzhaften Anpassung in die Zukunft erhöht die Anpassungskosten.

Um die von wissenschaftlicher Seite weitgehend vernachlässigte Frage zu klären, wie der Staat auf die Allokationsprobleme reagieren sollte, wurde zunächst eine strukturpolitische Konzeption vorgestellt, in der Kriterien für staatliche Eingriffe in den Strukturwandel benannt werden. Die Gestaltung effizienter Institutionen zielt darauf ab, die Anpassungsfähigkeit der Ökonomie zu verbessern und dadurch die Anpassungskosten im Strukturwandel zu minimieren.

Im weiteren wurde unter Verwendung zahlreicher empirischer Untersuchungsergebnisse analysiert, welche Formen von Marktversagen bei (sofortigen) Entlassungen in den Unternehmen der Schwerindustrie auftreten und welche anderen Einflußfaktoren für die Anpassungskosten von Bedeutung sind. Dabei zeigte sich, daß v.a. Immobilität des Faktors Arbeit, Mismatch räumlicher und qualifikatorischer Art, Lohnstarrheit und Insidermacht in den Staatsunternehmen, ungünstige Anreize durch das System von Lohnersatzleistungen und Koordinationsprobleme, insbesondere bei der Nutzung eines lokalen Angebots an Vorleistungen, von großer Bedeutung sind.

Im weiteren wurde untersucht, wie die Hindernisse für eine bessere Allokation bei anderen institutionellen Arrangements vermindert werden könnten. Dabei ging es primär um die Frage, wie Marktprozesse ermöglicht oder effizienter gestaltet werden können, die einen schnelleren Beschäftigungsabbau erleichtern und damit die Unterstützung der notleidenden Staatsunternehmen obsolet werden lassen. Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt und die Etablierung kooperativer Netzwerke können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Aus den bestehenden Komplementaritäten und Interdependenzen und aufgrund der Unsicherheit darüber, welche Maßnahmen überhaupt signifikante Wirkung haben, folgt, daß die entsprechenden Eingriffe nur im Paket sinnvoll sind.

Wenn die Lösung der Allokationsprobleme kurz- bis mittelfristig nicht möglich ist, ist eine sofortige und vollständige Aussetzung der Subventionen für die „declining industries“ auch aus Effizienzgesichtspunkten u.U. nicht sinnvoll. Da die in der Literatur hierzu bekannten Modelle zum Beschäftigungsabbau über die Zeit wichtige Aspekte vernachlässigen, wurde ein neuer Modellansatz entwickelt, der sich an einem dynamischen Modell für einen optimalen Abbau erschöpfbarer Ressourcen anlehnt. Dabei wurden unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Entwicklungsszenarien unterstellt.

Insgesamt betrachtet gibt es aus volkswirtschaftlicher Sicht im Fall der notleidenden Staatsunternehmen in den Transformationsökonomien durchaus Gründe, für staatliche Eingriffe in den Strukturwandel. Diese sollten aber vorrangig auf die Etablierung und Verbesserung von Marktprozessen abzielen. Nur wenn eine Allokationsverbesserung kurzfristig nicht möglich ist, kann eine direkte Steuerung des Beschäftigungsabbaus sinnvoll sein. Durch die Aufstellung und Verfolgung eines entsprechenden Konzepts können gesamtwirtschaftliche Anpassungskosten minimiert und damit Wohlfahrtsverluste vermieden werden.